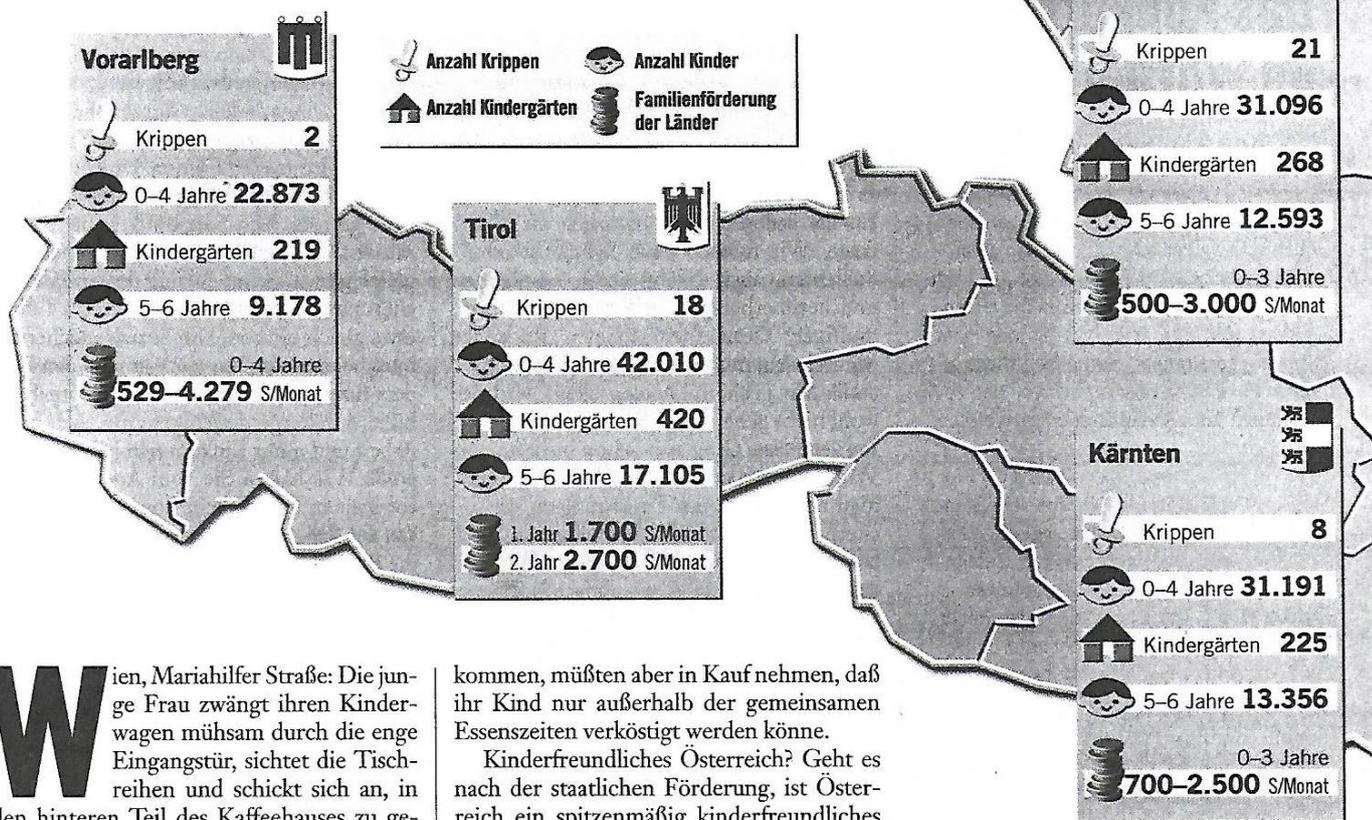


# Kinder-Los

**Familienpolitik.** Die staatliche Unterstützung für Familien ist enorm. Doch macht Geld allein schon ein kinderfreundliches Land? **VON ULLA SCHMID**



**W**ien, Mariahilfer Straße: Die junge Frau zwingt ihren Kinderwagen mühsam durch die enge Eingangstür, sichtet die Tischreihen und schickt sich an, in den hinteren Teil des Kaffeehauses zu gehen. Doch da ist der Kellner vor: „Mit dem Kinderwagen bleiben S' mir da beim Eingang vorn. Hinten is ka Platz.“ Beim „Eingang vorn“ heißt: in der kühlen Zugluft.

Wien, 9. Gemeindebezirk: Das Team eines Kindergartens mitten in einer Wohnhausanlage müht sich schon seit längerem ab, die Grünfläche vor dem Gebäude als Spielplatz für die Kinder zu gewinnen. Das scheiterte nicht etwa am Hausbesitzer, sondern vielmehr am Einspruch einzelner Bewohner: Das schmale Rasenstück wird als Notdurft-Stätte für Hunde benötigt.

Zürs am Arlberg: Der Mann ist jahrelang Stammgast im besten Hotel am Platz – bis er Vater geworden ist. Da teilt ihm die Geschäftsführung freundlich, aber unmißverständlich mit, er und seine Frau wären will-

kommen, müßten aber in Kauf nehmen, daß ihr Kind nur außerhalb der gemeinsamen Essenszeiten verköstigt werden könne.

Kinderfreundliches Österreich? Geht es nach der staatlichen Förderung, ist Österreich ein spitzenmäßig kinderfreundliches Land. Satte 340 Milliarden Schilling fließen jährlich aus dem Budget in die Haushalte von 1,1 Millionen Familien und kommen so rund zwei Millionen Kindern und Jugendlichen zugute. Die Beihilfen der Länder sind da noch nicht eingerechnet (siehe Grafik).

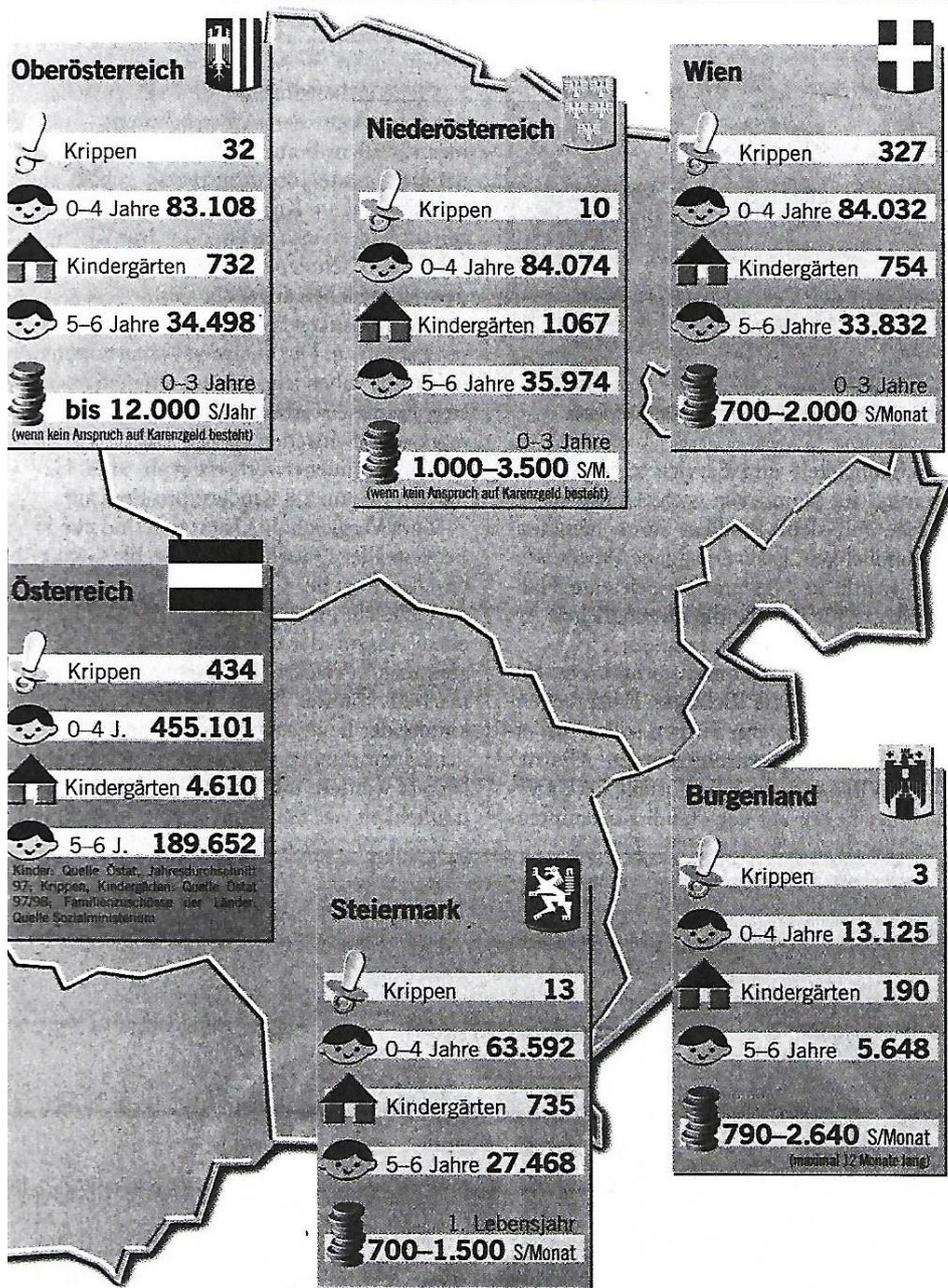
Doch darf aufgrund dieser Summen schon das Prädikat „kinderfreundlich“ verliehen werden? Familienminister Martin Bartenstein hat nach der Regierungsklausur in Bad Aussee vermerkt, das Klima für Kinder sei in Österreich zu verbessern.

Mit Geld allein, das hat auch die ÖVP erkannt, ist dem heimischen Geburtenrückgang nicht beizukommen. Länder wie Lu-

xemburg oder Belgien machen jährlich noch mehr Mittel locker, um Familien zu fördern – doch auch dort liegen die Geburtenraten im europäischen Mittelfeld. Eine Studie, so der Koalitionsbeschluß, soll nun die Gebärmüdigkeit im Land hinterfragen.

Bei dieser Gelegenheit sollte auch gleich klargestellt werden, welche Rolle Kindern in dieser Gesellschaft zukommt. „Kinder werden kaum als soziale Gruppe wahrgenommen, sie haben keine eigene Lobby und werden bei Maßnahmen zum Abbau des Sozialsystems tendenziell benachteiligt“, stellte Renate Kränzl-Nagl vom europäischen

**„Die Kinderfeindlichkeit ist hierzulande weite**



stimme“: „Es ist schon ein Glück, wenn eine größere Gemeinde einen Platz anbietet, und der ist meist unterentwickelt.“

Es ginge auch anders: In Paris etwa sind in öffentlichen Parks Hunde verboten; Schweden mauerte in einem mutigen Schritt in seiner Bauordnung den Vorrang von Kinderspielplätzen gegenüber Parkplätzen fest.

Anders hierzulande: Da zählt das Auto allemal mehr. Geschwindigkeitsbegrenzungen, gar Wohnstraßen rund um Schulen und Kindergärten, sind keine Selbstverständlichkeit – und das, obwohl statistisch gesehen alle zwei Stunden ein Kind auf heimischen Straßen verunglückt, jede Woche eines tödlich. Grundlegende Reformen bei der Raumplanung oder Straßenverkehrsordnung blieben bisher aus. Das Maximum, zu dem sich die Politik bisher aufrufen konnte, waren Image-Kampagnen gegen Raserei.

Auch im Wohnbau steht die Kindergerechtigkeit an letzter Stelle. „Geht man von den empfohlenen Wohnflächenstandards aus, so lebt ein Drittel der Kinder unter diesen Standards“, stellt Renate Kränzl-Nagl fest. Größenmäßig ausreichende Zimmer, Hobbyräume, wo Kinder ungestört toben können, finden sich aus Kostengründen nur in den seltensten Fällen auf dem Bauplan.

**Konsumfaktor Kind.** Im Freizeitbereich hingegen wird langsam eine Trendumkehr sichtbar. In der Tourismusbranche boomen die „Kinderhotels“. Die Gastronomie folgt diesem Beispiel nur zögerlich: Kinderräume oder Spielplätze, gar entsprechende sanitäre Einrichtungen – in Australien oder Neuseeland gang und gäbe – sind echte Seltenheit.

Auch die großen Handelsketten setzen, internationalen Beispielen folgend, vermehrt auf „kinderfreundliches Shopping“: vereinzelt werden schon Spielecken oder Kinderbetreuung angeboten.

Der Aufwand lohnt sich allemal. Hotels mit familienfreundlichen Angeboten sind laut Auskunft der „Österreich Werbung“ überdurchschnittlich stärker ausgelastet als herkömmliche Tourismusbetriebe. Der rührige Baumeister Richard Lugner wieder weiß zu berichten, daß in seinem Einkaufsstempel die Einbrüche an einkaufsschwachen Tagen durch entsprechende Kinderprogramme wettgemacht werden konnten.

Im öffentlichen Bereich – etwa auf Ämtern – hat sich diese Erkenntnis noch nicht durchgesetzt. Und während heute schon fast jede freie Praxis Spielzeug oder Bücher für kleinere Patienten bereitgestellt hat, sind derartige Kleinigkeiten in Spitälern – so ▶

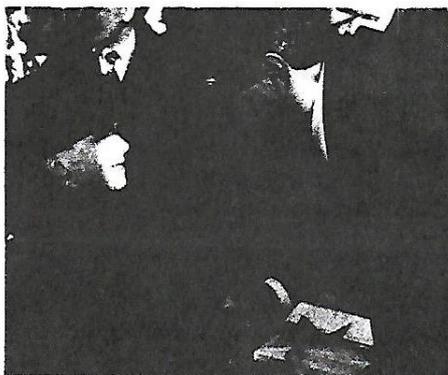
Zentrum in einer Studie des Vorjahres fest, und weiter: „Die Kinderfeindlichkeit ist sowohl als psychologisches als auch strukturelles Phänomen hierzulande weiter verbreitet als im Norden oder Süden.“

Mit anderen Worten: Kinder dürfen zwar Wahlplakate schmücken, wenn es aber um ihre alltäglichen Bedürfnisse – und jene der Eltern – geht, gibt die Politik meist stimmstärkeren Gruppen den Vorzug: „Kinder haben in Wien keine Lobby – zumindest nicht in der Stärke und in dem Ausmaß, wie sie Autofahrer und Hundehalter haben“, ätzt etwa der Wiener Gartenbauingenieur Peter Riedel.

**Fehlende Freiräume.** Die Linzer Sozialwissenschaftlerin Liselotte Wilk befragte 1994 österreichweit über 1000 Kinder nach ihren Bedürfnissen. Das Ergebnis ist – gelinde gesagt – beschämend für Städte- und Gemeindeväter. Spielplätze und Freiräume für Kinder sind Mangelware. „Wippe, Schaukel, Rutsche – und rundherum ein Zaun“, beschreibt die Wiener Gemeinderätin Susanne Jerusalem („Die Grünen“) die Situation für Wiener Kinder. Einen ähnlichen Befund für den ländlichen Raum trifft der Kinderpsychologe Ernst Berger, Initiator des im Vorjahr gegründeten Vereins „Kinder-

## erbreitet als im Norden oder Süden Europas“

RENATE KRÄNZL-NAGL, Soziologin



FOTOS: MARTIN GREUTAP, JACQUELINE GUDANWREITERS

### POLITIKERSCHMUCK KIND Großzügige Geldtransfers decken nicht kindliche Bedürfnisse

es sich nicht gerade um Kinderabteilungen handelt – eine Seltenheit. „Es wird erwartet, daß sich Kinder wie dressierte Affen und nicht wie Kinder benehmen“, konstatiert Andreas Rudas. Ein entsprechendes Klima, so der SP-Bundesgeschäftsführer, sei für das Ja zum Kind ebenso entscheidend wie die Vereinbarkeit von Familien- und Berufswelt.

**Familie und Firma.** Letztere beginnt, wenn auch langsam, auf die Lebensumstände von Vätern und Müttern zu reagieren. Wurde früher um Auszeichnungen geritten, die auf

Freundlichkeit und Service zugeschnitten waren, so schmücken sich Unternehmer heute mit dem Prädikat ihrer Familienfreundlichkeit. Erst vergangene Woche wieder wurde in Niederösterreich eine Handelskette für ihre familienfreundlichen Arbeitszeitmodelle ausgezeichnet.

Auch das Familienministerium setzt klare Akzente in diese Richtung: Entsprechende Bemühungen von Firmen sollen mit einem Zertifikat gewürdigt werden. Minister Martin Bartenstein: „Die Vorteile für Unternehmer liegen auf der Hand: Kosteninten-

sive Personalfuktuation wird reduziert, Fehlzeiten sinken, die Motivation steigt.“

Neue Arbeitsformen sind ein entscheidender Faktor, den Arbeitnehmern – und hier vor allem Frauen – die Befürchtung zu nehmen, ohne Job dazustehen, sobald sie ein Kind haben. Kinderkompatible Arbeitszeiten sind ebenso notwendig wie Kindergärten und Schulen mit Öffnungszeiten, die dem Berufsleben angepaßt sind.

Die Statistiken lassen jedenfalls einen klaren Schluß zu. Die höchsten Geburtenraten in Europa haben jene Länder mit dem höchsten Frauenerwerbsanteil: Finnland, Dänemark und Schweden weisen trotz rund 80 Prozent Frauenerwerbstätigkeit eine Geburtenrate von 1,8 Kindern pro Frau auf.

Zum Vergleich: In Österreich sind nur 55 Prozent aller Frauen berufstätig, die Geburtenraten liegt bei 1,3.

Vielleicht bietet Norwegen der Koalition einen Ansatz, der den Österreichern „Mut zum Kind“ (Vizekanzler Wolfgang Schüssel) machen könnte. Nach dortigem Vorbild könnte der heimische Katalog von Verträglichkeitsprüfungen um einen weiteren verlängert werden: um jenen der „Kinderverträglichkeit von Gesetzen“.